Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 53 (1997)
Heft: 2

Artikel: Aus dem Bundesrat
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844918

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wachsamkeit gefragt

Ein pessimistischer Ausblick? Jein. Die Autorinnen zeigen die Gefahren auf, verweisen andererseits auf Chancen. Eine Liste gibt Auskunft über "Handlungsansätze". Im Abschnitt "Wer kann was tun?" sind alle Instanzen aufgeführt, die es in der Hand haben, die Entwicklung in eine frauenfreundliche Richtung zu weisen. Es ist an uns Stimmbürgerinnen, den Parlamenten, Behörden und Verwaltungsleuten auf die Finger zu schauen, damit nicht wieder einmal vor allem Frauen die Zeche bezahlen.

Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (Hg.): New Public Management. Eine gleichstellungspolitische Einschätzung: Chancen - Gefahren - Handlungsansätze. Bern, März 1997. Zu beziehen bei: Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen des Kantons Zürich, Kasernenstr. 49, 8090 Zürich. Tel. 01 259 25 72

Aus dem Bundesrat

1995 forderte Nationalrätin Judith Stamm in einer Interpellation einen informativen Ueberblick über das bundesrätliche frauenpolitische Engagement in der Aussenpolitik. Die Antwort liegt nun gedruckt vor und bietet Einsichten in die verschiedenen Problemkreise, in denen sich der Bundesrat engagiert. Der Bericht ist Teil der Folgearbeiten des Bundes zur vierten UNO-Weltfrauenkonferenz. von 1995.

Schwerpunkte

Unsere aussenpolitischen Ziele konzentrieren sich ganz allgemein auf die vier Bereiche Gleichstellung, Frieden, Menschenrechte und Entwicklung. Gleichstellungspolitische Perspektiven sollen grundsätzlich in alle aussenpolitischen Tätigkeiten einfliessen. Als Mitglied des Europarates hat die Schweiz etwa Gelegenheit, im Lenkungsausschuss für die Gleichstellung von Mann und Frau mitzuarbeiten. Friedensfördernde Massnahmen kommen in besonderem Masse den Frauen zugute, denn diese leiden schwer unter den Kriegsfolgen. Im Bereich der Menschenrechte gilt das Augenmerk der Landesregierung schwergewichtig der Gewalt gegen Frauen.

1993 legte die Schweiz ihrer Entwicklungszusammenarbeit drei Leitprinzipien zugrunde:

- Die Programme sollen keinen negativen Einfluss auf Frauen und Kinder haben.
- Sie sollen den Frauen in gleichem Masse zugute kommen wie den Männern.
- Programme und Projekte sollen wenn immer möglich Frauen, die für Familie und Kinder verantwortlich sind, mehr Unterstützung und mehr Ressourcen zukommen lassen.

"Bericht über das frauenpolitische Engagement des Bundesrates im Rahmen der Aussenpolitik." Bezugstelle: Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten. Sektion UNO/IO, Gurtengasse 5, 3003 Bern. Tel. 031 322 35 55.